

impliziert ist, andererseits die Maßnahmen entsprechende Erwartungseffekte (*„Crowding in“* privater Nachfrage) auslösen – neuere Forschungen im neo-walrasianischen Paradigma¹¹ reklamieren, dass dies eher der Fall sein wird, wenn die Konsolidierung mittels (konsumtiven) Ausgabenkürzungen als durch Steuererhöhungen erfolgt.

2.2 Öffentliche Haushaltspolitik im postkeynesianischen Paradigma

Im Gegensatz zum neo-walrasianischen Paradigma geht das postkeynesianische Paradigma nicht von der Existenz eines singulären Zustandes (das allgemeine Gleichgewicht) als langfristigem Referenzpunkt der Dynamik marktlich koordinierter Ökonomien aus, sondern beschreibt multiple Gleichgewichtssituationen bei unterausgelasteten Ressourcen (s. Kasten 2) – wobei diese Ressourcenunterauslastung (insbesondere Arbeitslosigkeit) nicht als ‚Marktversagen‘ interpretiert werden kann, sondern das Ergebnis der Kalküle rationaler Wirtschaftssubjekte ist. Finanzpolitische Eingriffe ergeben sich nun nicht nur in allokatons- und stabilitätspolitischer, sondern auch in wachstumspolitischer Hinsicht (Vollauslastung der Produktionsfaktoren). Wenn es aber gelingt, den Wachstumspfad der Volkswirtschaft insgesamt und dauerhaft zu verändern, entsteht Raum für Selbstfinanzierungseffekte der Finanzpolitik und eine Zurückweisung der ricardianischen Äquivalenz: Wenn eine defizitfinanzierte staatliche Güterbereitstellung die volkswirtschaftliche Einkommensbildung und, daraus ableitbar, das Steueraufkommen dauerhaft erhöht, muss ein rationales Wirtschaftssubjekt keineswegs mit einer steigenden künftigen Besteuerung rechnen, für die er bereits heute sein Ausgabeverhalten einschränken müsste. Die Größenordnung des Selbstfinanzierungseffektes öffentlicher Defizite hängt allerdings einerseits von der Art der öffentlichen Güterbereitstellung – investiv oder konsumtiv –, andererseits von den Reaktionen interdependenter Politikbereiche (der Lohn- und Geldpolitik) ab – die Erwartungseffekte des ricardianischen Äquivalenztheorems sind also im postkeynesianischen Paradigma nur dann realistisch, wenn der realwirtschaftliche Impakt als unzureichend empfunden wird, ein direktes ‚Crowding out‘ privater Nachfrage setzt Reaktionen der Lohn- und Geldpolitik voraus.

Unter diesen Bedingungen wird die Unterscheidung zwischen strukturellem und gesamtwirtschaftlichem Defizit gewichtig (vgl. Kasten 3), ergibt sich doch letzteres lediglich als Residuum der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, während das strukturelle Defizit die eigentliche Verschuldungsbereitschaft der öffentlichen Hand ohne wachstumsbedingte Selbstfinanzierungseffekte beschreibt. Zur Bestimmung eines optimalen öffentlichen Defizits reicht aber die Bedingung eines positiven Wachstumsimpulses nicht aus, sondern bedarf es eines Nachhaltigkeitskriteriums der Haushaltspolitik,¹³ denn die betrachtete finanzpolitische Intervention hat ja nicht nur – wie bereits angesprochen – temporären, konjunkturpolitischen Charakter. Hierzu wollen wir erst im nächsten Abschnitt einige Ausführungen machen.